DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Giesela Brandes-Steggewentz
Landesvorsitzende
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon 0511 - 92 45 910
Telefax 0511 - 92 45 911
landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de

Sparkasse Hannover
Konto-Nr. 590 606
BLZ 250 501 80

DIE LINKE. Niedersachsen, Goseriede. 8, 30159 Hannover

AK Vorratsdatenspeicherung
[redacted]

Hannover, 26.11.2012

Fragen zur Landtagswahl 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30.10.2012. Nachfolgend erhalten Sie die Antworten. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir selbst alle unsere Antworten auf Wahlprüfsteine oder vergleichbare Anfragen inkl. der Fragen und der fragenden Institution auf unserer Internetseite veröffentlichen werden. Solange ich nichts von Ihnen höre, gehe ich davon aus, dass Sie keine Einwände gegen eine solche Veröffentlichung haben.

1. **Kompromisslose Absage an jegliche anlasslose Vorratsdatenspeicherung inklusive jeder Form von IP-Adressen-Vorratsdatenspeicherung.**

   Kurz:
   DIE LINKE lehnt die Vorratsdatenspeicherung ab. Sie ist ein nicht zu rechtfertigender unverhältnismäßiger Eingriff in die Bürgerrechte.

   Lang:
   Die anlasslose Speicherung von Verbindungsdaten von Millionen von Menschen stellt diese grundlos unter Generalverdacht. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Praxis zu Recht verurteilt und als unverhältnismäßigen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung bewertet. Aber selbst, wenn es diese rechtlichen Bedenken nicht gäbe: Weder die Bundesregierung noch die EU-Ebene konnte nachweisen, dass Vorratsdatenspeicherung etwas bringt. Die Aufklärungsquoten bei Straftaten waren in Deutschland in der Zeit, als Vorratsdaten gespeichert wurden, nicht besser als vorher oder hinterher. DIE LINKE will Grundrechte schützen und wendet sich entschieden gegen die immer mehr um sich greifende Datensammelwut.

2. **Abschalten aller polizeilichen Videoüberwachungsanlagen, die der "offenen" Überwachung des öffentlichen Raumes dienen.**

   Polizeiliche Videoüberwachung ist kein sinnvolles Mittel. Kriminalität wird lediglich verdrängt, unbescholtene Bürger geraten in das Visier der Polizei.

3. **Einführung eines Katasters aller Videoüberwachungsanlagen samt Sanktionen bei Nichteinhaltung einer dazugehörigen Meldepflicht.**

   DIE LINKE ist für eine vollständige Erfassung von Videoüberwachungsanlagen und tritt bei Verstößen gegen eine Meldepflicht für Sanktionen ein.

4. **Abschaffung des Vermummungsverbots als Straftatbestand.**

   DIE LINKE unterstützt diese Forderung.

5. **Einführung einer Pflicht zur pseudonymen, die Anonymität der Polizisten und Polizistinnen schützenden Kennzeichnung.**

   DIE LINKE will eine Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamtInnen. Dies kann durch Namensschilder oder durch individuelle Kennziffern geschehen.

   Lang:

   Das ist ein Zeichen der Transparenz. Übergriffe der Polizei können so schneller aufgeklärt werden. Mit der vorgeschlagenen Regelung ist kein Generalverdacht gegen die Polizei verbunden. Es geht darum, ein Vertrauen in die Polizei zu bewahren, dass durch anonymisierte Großaufgebote gefährdet werden kann.

6. **Abschaffung aller Bundes- und Ländergeheimdienste (BND, MAD, Verfassungsschutzämter).**

   Der niedersächsische Verfassungsschutz muss aufgelöst werden. Insbesondere muss die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Schulen beendet werden.

   Lang:

   Die Verflechtungen des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem NSU-Terrortrio lassen nur einen Schluss zu: Der Inlandsgeheimdienst muss abgeschafft werden. Es ist eine Illusion, den Verfassungsschutz durch bessere parlamentarische Kontrolle bändigen zu können.

7. **Grundsätzliches Verbot von Anschaffung und Einsatz von Polizeidrohnen.**

   DIE LINKE lehnt den Einsatz von Polizeidrohnen ab.

8. **Nichtnutzung von und Nichtkooperation der Systeme von "Sonderdateien" (z.B. "Gewalttäter Sport", "Sonderdatei rechte Gewalttäter" und "Sonderdatei linke Gewalttäter") und anderen zentralen Datenzusammenführungen, die das Trennungsgebot aufweichen (z.B. GTAZ, GASIM, GIZ, NCAZ, GAR).**

DIE LINKE unterstützt diese Forderungen. Das Trennungsgebot darf nicht weiter aufgeweicht werden.

9. **Allgemeines Verbot des Einsatzes von "Staatstrojanern" und anderen Mitteln, die den behördlichen Zugriff auf Privatrechnern ermöglichen.**

   DIE LINKE hält „Staatstrojaner"-Einsätze für unzulässige Grundrechtseingriffe. Es fehlt dafür die Rechtsgrundlage, der Einsatz muss unterbleiben.

10. **Grundsätzliche Öffnung aller Landtagsausschuss-Sitzungen für interessierte Menschen außer in einzelnen Ausnahmefällen.**

    DIE LINKE hat sich für eine grundsätzliche Öffnung aller Landtagsausschusssitzungen ausgesprochen.

11. **Einführung eines bürgerfreundlichen Informationsfreiheitsgesetzes für Niedersachsen.**

    DIE LINKE hat sich stets für ein Informationsfreiheitsgesetz für Niedersachsen eingesetzt.

12. **Verbot der Präsenz von durch Steuergeldern finanzierte Stellen und Behörden in kommerziell ausgerichteten „sozialen Netzwerken" wie z.B. Facebook, Google+ und Twitter.**

    DIE LINKE fordert: Keine Strafverfolgung über solche Netzwerke, weil die Daten zu Unrecht Verfolgter später nicht aus dem Netz zu bekommen sind.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Landesvorsitzende